

Ralf Hanselle, Alexander Marguier (Hg.)

Im Demokratielabor

Ein CICERO-Buch

Cicero

MAGAZIN FÜR POLITISCHE KULTUR

Ralf Hanselle, Alexander Marguier (Hg.)

Im Demokratielabor

Ostdeutschland zwischen
Freiheit und Populismus





Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2024
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Umschlaggestaltung: Finken & Bumiller Buchgestaltung
Satz: ZeroSoft, Timișoara
Herstellung: GGP media GmbH, Pößneck
Printed in Germany

ISBN (Print): 978-3-451-39769-1
ISBN (EPUB): 978-3-451-83433-2
ISBN (EPDF): 978-3-451-83438-7

Inhalt

Vorwort: Im Demokratielabor VON RALF HANSELLE	7
Bullshit und Unfreiheit Was die östlichen Bundesländer vom Westen wegtreibt VON MATHIAS BRODKORB UND ALEXANDER MARGUIER	11
Für immer zu spät? Warum man in Westdeutschland die Revolution neidet – und fürchtet VON RALF HANSELLE	31
Mehr Polemik wagen? Zur Rezeption von Dirk Oschmanns Buch „Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“ VON RENÉ SCHLOTT	43
Am Ostpol Über die Verwechslung des Westens mit Europa VON KATHRIN SCHMIDT	55
Die Unfähigkeit zu trauern Über die Weitergabe von Diktaturerfahrungen im Osten VON UDO BAER	69

Unregierbar?	
Nach den Landtagswahlen 2024 stehen die neuen Bundesländer unter verschärfter Beobachtung	
VON MATHIAS BRODKORB.....	87
Widerstands-Travestie	
Von wahren und falschen Dissidenten	
VON MARKO MARTIN	99
„Da herrscht auf beiden Seiten Vertrauensverlust.“	
Über das Leben auf dem ostdeutschen Land	
INTERVIEW MIT JULI ZEH.....	113
Radikal ungebunden	
Wie die Ostdeutschen wählen und warum das so ist	
VON ASTRID LORENZ UND HENDRIK TRÄGER.....	125
Über die Beteiligten	139

Vorwort: Im Demokratielabor

VON RALF HANSELLE

Ein Buch über den Osten ist immer auch ein Buch über den Westen. Lange Zeit zumindest hat man dieses auf den ersten Blick doch sehr einleuchtende Dichotomiemodell auf das wiedervereinigte Deutschland angewandt. Wann immer sich in den zurückliegenden 35 Jahren neue Ost-West-Debatten am Horizont zeigten – und diese scheinen von der Kontroverse über den Umgang mit der einstigen PDS bis zur heutigen Oschmann-Debatte geradezu zyklisch wiederzukehren –, war der Westen zumeist nur die Hintergrundfolie für die Bewertung des Fortschritts in den fünf ostdeutschen Bundesländern. „Denken heißt vergleichen“, diese gerne zitierte Sentenz des einstigen liberalen Außenministers Walther Rathenau, im Reden über die deutsche Einheit blieb sie vermutlich zu lange unhinterfragt.

Natürlich: Der Osten musste seine eigenen Herausforderungen meistern, er hatte seine eigenen Probleme, seine individuellen Geschichten, Traditionslinien, Brüche und sozialen Milieus, die nach 40 Jahren DDR-Geschichte nicht mit denen im Westen vergleichbar waren. Doch wenn es um die Frage ging, wann der Prozess der Vereinigung abgeschlossen sei, so war die Antwort darauf zumindest im Westen lange Zeit eindeutig: Wenn man hüben so ist wie drüben – will heißen, wenn sich Mentalität, Geschmack, Milieus und vor al-

lem natürlich auch das Wahlverhalten sowie die Parteienpräferenzen einander angeglichen hätten.

So gesehen, waren die Landtagswahlen 2024 mit ihren großen Erfolgen für AfD und BSW wieder einmal ernüchternd: In Thüringen, Sachsen und Brandenburg, so hatte es für viele den Anschein, wurde wieder einmal bewiesen, dass der Osten anders tickt. Ja schlimmer: Man scheint dort sogar genervt zu sein von den ewigen Ost-West-Vergleichen. Eine Umfrage des Mitteldeutschen Rundfunks zeigte im Oktober 2024, dass gut die Hälfte der Menschen in Ostdeutschland (48 Prozent) der ewigen Vergleiche überdrüssig ist. Und das, obwohl sieben von zehn Befragte ebenso feststellen müssen, dass Ost und West aktuell wieder verstärkt auseinanderdriften.

Muss ein Buch über den Osten also gar nicht notgedrungen auch ein Buch über den Westen sein? „Unglücklich vereint. Warum der Osten anders bleibt“, hatte jüngst auch schon der Soziologe Steffen Mau diagnostiziert. Wäre es da nicht also tatsächlich an der Zeit, die spezifisch ostdeutschen Formen der Demokratieaneignung, der Identitätsbildung und des historischem Erlebens möglichst breit gefächert darzustellen und somit neu zu würdigen?

Dieser Sammelband mit ganz unterschiedlichen Autoren aus Journalismus, Literatur und Wissenschaft hat genau dies versucht. Die Beiträge, meistenteils geschrieben von Autoren mit ostdeutscher Sozialisationsgeschichte, wollen die altbewährten Vergleichspunkte endlich hinter sich lassen und so zu neuen Bewertungen aktueller Debatten finden.

Die Schriftstellerin Kathrin Schmidt etwa geht in ihrem Beitrag „Am Ostpol“ der Frage nach, ob die Menschen in den fünf ostdeutschen Bundesländern gelegentlich nicht weit mehr Erfahrungen mit denen in Oława oder Brno teilen als mit ihren unmittelbaren Landsleuten in Stuttgart oder Esslingen. Astrid Lorenz und Hendrik Träger wiederum, beide Politikwissenschaftler an der Universität Leipzig,

haben sich das derzeit viel diskutierte Wahlverhalten im Osten in der Tiefe angeschaut. Dabei kommen sie zu dem interessanten Ergebnis, dass man aufgrund der fehlenden Parteienbindung im Osten längst ähnlich wählt wie in vielen westeuropäischen Ländern auch: Man ist wenig tradiert und bleibt daher flexibel. Und der in Berlin lebende Pädagoge und Therapeut Udo Baer stellt sich in seinem Beitrag die Frage, wie die Erfahrung der Diktatur auch nach 35 Jahren Freiheit und oftmals über mehrere Generationen hinweg das individuelle Denken und Erleben von Menschen beeinflussen könne.

Vielleicht ist es also an der Zeit, weniger über den Westen und unmittelbarer über den Osten zu reden und zu schreiben. Denn Differenz ist nicht notgedrungen bedrohlich, sie ist vielmehr Ansporn, sich in seinem eigenen Wesen und Gewordensein zu erkennen, zu würdigen und ernst zu nehmen.

Bullshit und Unfreiheit

Was die östlichen Bundesländer vom Westen wegtreibt

VON MATHIAS BRODKORB UND ALEXANDER MARGUIER

„Jetzt sind wir in einer Situation, in der wieder zusammenwächst, was zusammengehört“, sagte Altkanzler Willy Brandt am 10. November 1989 in Berlin anlässlich des Mauerfalls auf die Frage eines Journalisten, was denn nun in ihm vorgehe. Zwar war allerorten bald von „Ossis“ und „Wessis“ die Rede. Aber es herrschte Zuversicht vor, dass alles nur eine Frage der Zeit sei.

Der Wille zur Einigkeit scheint inzwischen aufgezehrt. Was eigentlich zusammenwachsen sollte, strebt mit Macht wieder auseinander. Am deutlichsten wird dies an den Zustimmungsraten der AfD: Im Westen erreicht die Rechtspartei bei Umfragen zwischen zehn und 15 Prozent, manchmal liegt sie auch etwas darüber. Im Osten dagegen ist sie auf dem Weg zur bestimmenden Volkspartei. In Sachsen und in Thüringen kam sie bei den Landtagswahlen vom 1. September 2024 auf 30,6 bzw. 32,8 Prozent. Und in den Umfragen zu den ostdeutschen Ländern liegt sie meistens auf Platz eins.

Auch eine Erhebung des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts der Universität Leipzig aus dem vergangenen Jahr zeigt ein gespaltenes Land. Während sich mehr als 90 Prozent der Ostdeutschen zur Idee

der Demokratie bekennen, sind mit ihrer Praxis nur knapp 40 Prozent zufrieden. Fast 80 Prozent leben in dem Gefühl, keinen Einfluss auf die Politik zu haben.

Vergessene Wendepersönlichkeiten

Um ein Gefühl für das Unbehagen gebürtiger Ostdeutscher mit den Verhältnissen im 34. Jahr nach der Wiedervereinigung zu bekommen, empfiehlt sich ein Treffen mit einem der Protagonisten der Wendezeit. Etwa mit Markus Meckel. Der Theologe war schon in den 1970er Jahren in der DDR-Opposition aktiv, im Herbst 1989 zählte er zu den Mitbegründern der Ost-SPD (SDP), für die er später mit am legendären Runden Tisch saß, wo über die Zukunft des sogenannten Arbeiter-und-Bauern-Staats verhandelt wurde. Meckel hat eine gewisse historische Berühmtheit erlangt als „letzter Außenminister der DDR“, dem Bundestag gehörte der heute 72-Jährige von 1990 bis 2009 an und spielte dort eine zentrale Rolle bei der DDR-Aufarbeitung.

Es ist bezeichnend, dass Menschen wie Meckel in der offiziellen Erinnerungskultur kaum eine Rolle spielen. Im Gegensatz zu anderen Wendepersönlichkeiten – vornehmlich solchen aus dem Westen – wird man Meckel bei Einheitsfeierlichkeiten vergeblich suchen; dass er dorthin gar nicht erst eingeladen wird, nimmt er gelassen. Es gehe ihm nicht um seine Person, sagt er, wohl aber um den grundsätzlichen Respekt gegenüber seinen Landsleuten und Mitstreitern aus dem Osten. Bei öffentlichen Debatten über das innerdeutsche Verhältnis würden stets 80 Prozent der Bevölkerung über die restlichen 20 Prozent der Menschen im Osten des Landes reden: „Da tut sich ein gewaltiges Missverhältnis in puncto politischer Repräsentanz in der Öffentlichkeit auf.“

Die wenigen Monate auf Augenhöhe

Wenn Meckel auf die Wendezeit zurückblickt und Revue passieren lässt, was seither geschah, wirkt er kein bisschen verbittert – da entspricht er ganz dem Bild des optimistischen evangelischen Christenmenschen. Gleichwohl will er die Erzählung zur deutschen Wiedervereinigung, wie sie sich inzwischen schulbuchtauglich durchgesetzt hat, so nicht stehen lassen. Danach haben die mutigen Menschen auf den Straßen der DDR die Mauer zwar zu Fall gebracht – um hinterher aber wieder in der Anonymität zu verschwinden. „Und dann kam Helmut Kohl und hat die deutsche Einheit bewerkstelligt – das ist die übliche Wendegeschichte, um die herum noch ein paar Leute wie Gorbatschow oder der damalige US-Präsident George Bush gelobt werden.“

Fast vergessen ist heute, dass es nach dem 9. November 1989 noch vier Monate lang ebenjenen Runden Tisch gab, an dem er und andere DDR-Mitbürger auf der einen und Politiker aus der Bundesrepublik auf der anderen Seite den Einigungsvertrag ausgehandelt haben – strukturell also auf Augenhöhe. Meckels Fazit: „Der aufrechte Gang, mit dem wir damals selbstbestimmt in die deutsche Einheit gegangen sind, spielt in der offiziellen Erinnerungskultur so gut wie keine Rolle mehr.“

Das Handeln der Treuhand

Ein ähnliches Phänomen lässt sich rückblickend für eine andere Ebene konstatieren, nämlich die ökonomische. Meckel erwähnt die Treuhandanstalt. Er wolle „überhaupt nicht bestreiten, dass es diese Einrichtung brauchte, um die Volkseigenen Betriebe der DDR zu privatisieren“. Die Treuhandanstalt war ja tatsächlich eine bereits

nach der ersten freien Volkskammerwahl vom demokratisch legitimierten Parlament in Ostdeutschland gegründete Institution – die damals dem Amt des Ministerpräsidenten der DDR zugeordnet war. „Nach der Einheit wurde sie dann dem Bundesfinanzministerium unterstellt, weil man durch die Privatisierungserlöse vor allem die Kosten der deutschen Einheit decken wollte.“ Die ursprünglich volkswirtschaftlich-strukturpolitische Dimension der Treuhandanstalt sei dann rein betriebswirtschaftlichen Kriterien gewichen; „nur selten wurde saniert, was an verschiedenen Stellen durchaus sinnvoll gewesen wäre“, sagt Meckel.

Später dann, nach den großen Privatisierungen, kamen andere Enttäuschungen hinzu. Meckels früherer Wahlkreis etwa war in der Uckermark, wo auch die Stadt Schwedt liegt – bereits zu DDR-Zeiten ein bedeutendes Zentrum der petrochemischen Industrie. „Nach der Wende wurden dort Milliardensummen investiert, aber die Steuern haben die Firmen weiterhin an ihrem Unternehmenssitz gezahlt, nämlich im Westen.“

Die Gemeinden vor Ort seien also praktisch leer ausgegangen. Stattdessen hätte man festlegen sollen: Der Standort der Investition ist auch der Ort, an dem die Steuern fällig werden. „Hier ging es um klare finanzielle und strukturpolitische Eigeninteressen der alten Bundesrepublik“, konstatiert Meckel.

Der „Ausverkauf“ der Heimat

Dass der Westen der Republik Milliarden und Abermilliarden aufbrachte, um den Brüdern und Schwestern im Osten unter die Arme zu greifen, führte im Osten nicht nur zu Begeisterung. Was im Westen vielfach als mangelnde Dankbarkeit interpretiert wird, hat allerdings einen nachvollziehbaren Grund: Dem Einkommenstransfer an

der Oberfläche stand ein Eigentumstransfer in den Tiefen der Gesellschaft mit umgekehrter Fließrichtung gegenüber.

Auch den organisierte die Treuhändanstalt. Schon bald gehörten zahlreiche ostdeutsche Immobilien in Bestlage und sonstige Ländereien westdeutschen Unternehmen oder Rechtsanwälten und Ärzten. Vielen Ostdeutschen erschien das wie der „Ausverkauf“ ihrer Heimat. Über die nötigen finanziellen Mittel, um beim großen Reibach mitzumachen, verfügten sie nicht. Der Literaturwissenschaftler Dirk Oschmann hat mit seinem Buch „Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“ genau auf diese Tatsache aufmerksam gemacht: „In Leipzig gehören 90 Prozent des Wohneigentums Menschen aus dem Westen. Da finde ich es nicht abwegig, den Vergleich zur Kolonisierung zu ziehen.“¹

Die PDS als „therapeutische Partei“

Markus Meckel nimmt bis heute regen Anteil am politischen Geschehen, aktiv setzt er sich unter anderem für die deutsch-polnische Verständigung ein. Aber natürlich blickt er auch mit Sorge auf die rapide steigenden Zustimmungswerte für die AfD und auch das BSW in ganz Deutschland – ganz besonders im Osten. Parteien hätten dort bis heute einen schlechten Ruf, was zum einen an den damaligen Erfahrungen mit der SED liege. Aber eben nicht nur.

„Zu DDR-Zeiten war die CDU im Osten ja eine Blockpartei, aber kaum war die Mauer gefallen, wurden an der Spitze der DDR-CDU ein paar Leute ausgewechselt – und schon war eine ‚demokratische‘

¹ „Der kleine Bruder geht in den Knast, damit der große Bruder weiter Geschäfte machen kann.“ Im Gespräch mit Dirk Oschmann, Quelle: <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/15500>; zuletzt aufgerufen am 15. Oktober 2024.

Partei daraus geworden.“ Viele Male habe er im Bundestag erlebt, dass frühere Mitglieder der alten Block-CDU, vormals Funktionäre an der Seite der SED, die Abgeordneten der PDS wegen ihrer Vergangenheit beschimpften – die teilweise sogar aus dem Westen kamen, mitunter schwierige Positionen vertraten, aber eben nicht selbst SED-Mitglieder gewesen waren, erinnert sich Meckel: „Ich habe die PDS immer eine ‚therapeutische Partei‘ genannt, denn sie hat denjenigen, die sich mit der parlamentarischen Demokratie schwertaten, in ebendieser Demokratie einen legitimierten Ort gegeben und sie daran gewöhnt.“

Inzwischen würden sich die Protestwähler, die ihre Stimme einst der PDS gaben, eher bei der AfD und dem BSW wiederfinden – „obwohl sie nicht darauf reduziert werden sollten“. Man stelle sich vor, die ostdeutschen Bundesländer wären heute ein eigenständiger Staat: „Dann wäre die Lage vermutlich ähnlich wie im Ungarn von Viktor Orbán oder wie jüngst noch in Polen mit der PiS-Partei.“ Eine komplexe Gemengelage, für die es keine einfachen, keine eindimensionalen Erklärungen und erst recht keine einfachen Lösungen gibt.

Die fundamentalen Ost-West-Unterschiede

Wahrscheinlich hat man es daher auch gar nicht bloß mit einem Problem Ostdeutschlands zu tun. Der bulgarische Politikwissenschaftler Ivan Krastev etwa versucht seit Jahren vergeblich, dem europäischen Westen das Problem zu erklären. Die osteuropäischen Staaten unterscheiden sich Krastev zufolge von den westlichen insbesondere auch dadurch, dass sie in den 1960er und 1970er Jahren keine tiefgreifende Liberalisierung ihrer Gesellschaften erlebt haben. Das Jahr 1968 macht einen erheblichen mentalitätsgeschichtlichen Unterschied mit langfristigen Folgen.